

## **Tätigkeitsbericht der Landesgruppe Bremen für das Jahr 2025**

Insgesamt gab es zehn öffentliche Vorstandssitzungen im Jahr 2025.

### **Fachliche Schwerpunkte**

#### **Polizeiliche Vorabmeldung, Vorabmeldungen durch die Staatsanwaltschaft**

Vorabmeldungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft haben sich in Bremen weit etabliert. Sie werden jedoch in den Bezirken/Stadtteilen immer noch sehr unterschiedlich umgesetzt. Teilweise wird die Jugendhilfe im Strafverfahren (JuhiS) sehr spät oder sogar gar nicht unterrichtet. Die Festnahmeliste wurde zwischenzeitlich (aus Datenschutzgründen) gar nicht mehr an die Geschäftsstelle der JuhiS weitergeleitet. Durch die Einführung der elektronischen Postfächer in der Justizbehörde wird die Festnahmeliste nunmehr verlässlich weitergegeben.

#### **Stand der Verlegung des Jugendvollzugs der Justizvollzugsanstalt Bremen**

Es wurden Gespräche mit der Politik (SPD, Grüne, Linke (CDU nur schriftlich; FDP keine Rückmeldung)) geführt.

Nach regem formellem und informellem Austausch wurde am Ende mitgeteilt, dass weder die finanziellen, noch die personellen Ressourcen für die Verlegung des Jugendstrafvollzuges nach Hameln vorhanden scheinen. Die Auslastung des Jugendvollzugs rechtfertigten dieses Vorhaben zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht länger.

### **Planung Fachtag**

Für Herbst 2025 war eine Fachveranstaltung der Landesgruppe Bremen geplant. Nach der Absage von zwei Referierenden wurde er auf den 17.03.2026 verlegt. Schwerpunktthemen sind die strafrechtliche Verantwortungsreife sowie die Medienkompetenz.

### **Besuch der Jugendarrestanstalt Verden**

Die DVJJ-Landesgruppe hat die Anstalt am 26.06.25 besucht. Nach dem Besuch haben sich viele kritische Nachfragen ergeben. Es wird überlegt, eine schriftliche Anfrage bzw. Fragenkatalog an die bremische Justizbehörde in Bezug auf den Betreuungsstand in der JAA zu erarbeiten.

### **Theater in der Justizvollzugsanstalt Bremen**

Am 19.06.25 führten junge Gefangene ein selbst erarbeitetes Theaterstück in der Anstalt auf. Dieses wurde von der Landesgruppe mitgefördert. Etwa 50 bis 60 Personen besuchten die Aufführung. Im Anschluss nutzten sie die Möglichkeit, sich mit den Gefangenen über die Aufführung und über ihre Lebenssituation auszutauschen.

## **Situation der Träger der Straffälligenbetreuung im Lande Bremen**

Ein großer Träger wird umstrukturiert. Im Zuge dessen scheint es so, dass der Bereich der Straffälligenbetreuung gekürzt in den großen Bereich Hilfen zur Erziehung eingegliedert werden soll.

Andere Träger berichtet über rückgängige Teilnehmereinzahlen.

Die Zuwendungen der Justizbehörde an den Täter-Opfer-Ausgleich Bremen sollen massiv gekürzt werden. Dies würde bedeuten, dass Projekte, Fallarbeit sowie Beschäftigungsvolumen nicht vollumfänglich fortgeführt werden können.

Neue Angebote bzw. Projekte, wie z. B. das Integrationscoaching wurden vorgestellt.

## **Arbeitsfonds**

Aktuell gibt es in Bremen zwei Fonds über die Geschädigte eine (symbolische) Entschädigung erhalten können. Die ausgezahlte Summe orientiert sich am Umfang der abgeleiteten Arbeitsaufträge. Ein Fond wird über den Täter-Opfer-Ausgleich organisiert, der andere über die DVJJ-Landesgruppe Bremen. Es wurde diskutiert, in welchen Fällen auf die Arbeitsfonds zugegriffen werden soll und ob Anpassungsbedarf zur Höhe der Vergütung besteht.

## **Bericht der Teilnehmenden zum 6. Bundeskongress (BuKo) JuhIS und ASA 2025**

Die Bremer Teilnehmenden bewerteten sowohl die Organisation als auch die Inhalte des BuKo 2025 sehr positiv. Die Beitragshöhe und die bremischen Gegebenheiten in Bezug auf die Teilnahme an fachlichen Veranstaltungen wurden nochmals kritisch diskutiert.

## **Mitgliederversammlung**

Tätigkeits- sowie Finanzberichte wurden vorgetragen, zur Kenntnis genommen und genehmigt. Der inhaltliche Input für die Sitzung kam vom Verein Bremer Straffälligenbetreuung, der das Theaterprojekt in der Justizvollzugsanstalt Bremen organisiert hat.

## **Amt für Soziale Dienste Bremen (AfSD)**

Als Ergebnis einer großen Organisationsuntersuchung steht eine große Umstrukturierung bevor. Die Organisationsform der JuhIS soll nach jetzigem Informationsstand jedoch erstmal unverändert bleiben. Allerdings sind in den Bezirken bzw. Regionen Standortzusammenlegungen geplant, was Einfluss auf die sozialräumliche Arbeit haben wird. Die genaue Ausgestaltung der Umstrukturierung wird derzeit intensiv geplant.

## **Soziale Dienste der Justiz (SDdJ)**

Die Landesgruppe Bremen diskutierte zur geplanten Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in Gewaltschutzverfahren (nach der Istanbul Konvention).

Nach jetzigem Planungsstand soll das Familiengericht künftig die Teilnahme an Sozialen Trainingskursen anweisen können, die von den SDdJ entwickelt und durchgeführt würden.

Niedersächsischer Jugendgerichtstag (JGT) 2025

Einige Mitglieder der Landesgruppe haben am Niedersächsischen JGT in Oldenburg teilgenommen. Die Rückmeldungen waren positiv. Die Beiträge waren inhaltsreich.

### **Täter-Opfer-Ausgleich**

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das folgende Haushaltsjahr beabsichtigte die Senatorische Behörde für Justiz zunächst, die institutionelle Förderung des Trägers Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e.V. in erheblichem Umfang zu reduzieren. Die Landesgruppe begleitete diesen Prozess kritisch und beteiligte sich aktiv an der fachlichen und rechtspolitischen Diskussion.

In ihrer Funktion als Interessenvertretung nahm die Landesgruppe zeitnah Kontakt zu den rechtspolitischen Sprecherinnen und Sprechern sämtlicher in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen – mit Ausnahme von Bündnis Deutschland – sowie zur zuständigen finanzierenden Stelle auf. Dies erfolgte in Form einer schriftlichen Stellungnahme, mit der auf die prekäre finanzielle Situation des Trägers hingewiesen, die Notwendigkeit eines zeitnahen politischen Handelns betont und zugleich eine tragfähige Perspektive für die zukünftige Ausgestaltung des Täter-Opfer-Ausgleichs erfragt wurde.

Nach Abschluss der haushaltspolitischen Beratungen sowie der Befassung des Rechtsausschusses wurden letztlich Kürzungen beschlossen, die jedoch deutlich hinter dem ursprünglich vorgesehenen Umfang zurückblieben. Insbesondere in den Bereichen TOA im Vollzug und Schlichtungen bei Parkkonflikten mussten Arbeitsstunden reduziert werden. Die Landesgruppe nimmt diese Kürzungen mit Bedauern zur Kenntnis. Zugleich ist festzuhalten, dass es gelang, zentrale Aufgabenbereiche sowie die bestehenden Personalstrukturen weitgehend vor weitergehenden Einschnitten zu bewahren.

### **Landesgruppe Bremen**